

Stellungnahme zu den Fragen:

Wie beurteilt die Partei die tiefe Wahlbeteiligung vom 18. Mai und die allgemein tiefe Beteiligung an den Gemeindeversammlungen?

Mit der allgemein festzustellende Politmüdigkeit, lässt sich die historisch tiefe Stimmbeteiligung von 20% anlässlich der Gemeinderatswahlen nicht begründen. Dies ist vielmehr damit zu begründen, dass für 5 Gemeinderatssitze nur 5 offizielle Kandidaten zur Wahl standen. Somit fand gar keine echte Wahl statt. Welchen Grund gibt es für den Stimmbürgern daran teilzunehmen? Das sich im Nachhinein noch 2 fähige Kandidaten zur Verfügung stellten, wurde vom Stimmbürger verständlicherweise nicht goutiert und brachte keinen Wahlkampf hervor. Immerhin ging dadurch ein Ruck durch die Politlandschaft. Unsere Nachbargemeinde Zofingen hat am Abstimmungssonntag eindeutig gezeigt, dass es mit einer Stimmbeteiligung von gut 40% anders geht und dies hat aus unsere Sicht auch zu einigen Überraschungen geführt.

Bei den Gemeindeversammlungen ist festzustellen, dass bei tiefer Teilnehmerzahl insbesondere komplexere Vorlagen des Gemeinderates oft ohne kritische Stellungnahmen von Stimmbürgern, Interessengruppen und Parteien durchgewunken werden. Das fördert das Interesse zur Teilnahme an der Gemeindeversammlung nicht. Das soll nicht bedeuten, fortan zu jeder Vorlage Opposition gegen den Gemeinderat zu betreiben. Doch auch wenn grundsätzlich einer Vorlage zugestimmt werden kann, dürfen einzelne Punkte kritisch hinterfragt werden. Dies vielleicht auch im Hinblick auf künftige, ähnliche Vorlagen.

Was wäre aus Sicht der Partei eine Möglichkeit, um dies zu ändern? Soll sich das überhaupt ändern?

Ja, diesbezüglich muss sich dringend etwas ändern. Die Parteien haben dazu auch die Möglichkeit. Sie sollen z.B. ihre Entschlussfassung bereits im Vorfeld aufzeigen und begründen. Das bedarf natürlich den Aufbau von entsprechenden Kommunikationskanälen. Somit fühlt sich der Stimmbürger angesprochen und hat eine zusätzliche Möglichkeit sich seine Meinung zu bilden. Somit steigt auch die Motivation an der Gemeindeversammlung mitzubestimmen. Zudem sollen sich die Parteien gerade bei wichtigen Vorlagen, welche die Zukunft von Oftringen nachhaltig prägen aktiver an der Gemeindeversammlung einbringen.

Welche Massnahmen ergreift die Partei, um die Menschen zur Beteiligung an der Ortschaftspolitik zu motivieren?

Die Ortspartei SVP Oftringen-Küngoldingen möchte das politische Umfeld in Oftringen aktiver mitgestalten. Das sind wir dem Stimmbürger bei einem Wähleranteil von 34% schuldig. Dazu werden wir in den nächsten Monaten folgende Massnahmen umsetzen:

- Entwicklung einer zukunftsfähigen Parteistrategie, mit darauf basierender klaren Kommunikationsstrategie. Dabei sollen alle heute gängigen Kommunikationskanäle genutzt werden. Das zentrale Element soll aber ein informativer Webauftritt darstellen, welcher dem Bürger gerade zu komplexen und wichtigen Vorlagen eine Plattform bietet sich zusätzlich zu informieren, sowie Pros und Kontras zu einer Vorlage aus Parteisicht einfach und verständlich erläutert.

- Vielleicht der wichtigste Aspekt überhaupt ist die Gewinnung neuer Parteimitglieder. Nur so ist es möglich die anstehenden Arbeiten im Hintergrund angemessen auszuführen und genügend fähige Kandidaten für die Wahl in Kommissionen, Gemeinderat usw. zu stellen. Potentiellen Mitgliedern muss zusätzlich eine Perspektive geboten werden, dass es z.B. nicht unmöglich ist oder gar von pers. Beziehungen abhängig ist für den Gemeinderat oder für den Grossrat zu kandidieren.

Wie steht die Partei zu einer Gründung eines Einwohnerrats?

Für einwohnerstarke Gemeinden wie Oftringen, ist das eine durchwegs legitime Forderung, zumal wie bereits erwähnt die Beteiligung an der Gemeindeversammlung tief ist. Zieht man einmal die von Amtes wegen an der Gemeindeversammlung anwesenden von z.B. GPK und FIKO ab, ist nur gut ein Prozent der Stimmberechtigten vertreten. Auf der anderen Seite nimmt die Wohnbevölkerung von Oftringen in den nächsten Jahren stark zu. Schon heute wäre es ablauftechnisch schwierig wenn 10 Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen würden. Dies entspräche einer Teilnehmerzahl von rund 750. Damit wäre es kaum möglich, dass die verschiedenen Interessengruppen ihre Anliegen angemessen, direkt vertreten könnten. Die Gründung eines Einwohnerrates hat jedoch einschneidende Auswirkungen auf die zukünftige Ausrichtung von Oftringen und muss genau analysiert und abgewogen werden. Die kurzfristige Einführung eines Einwohnerrates ist aus unserer Sicht nicht möglich. Immerhin müsste ein Einwohnertrat aus ca. 30 politisch interessierten Personen bestehen, welche auch genügend Zeit aufbringen sich im Einwohnerrat gebührend einzubringen. Dazu muss allen Ortsparteien und Interessengruppen von Oftringen Zeit eingeräumt werden, um etwa ihrem Wähleranteil entsprechend Kandidaten zur Wahl zu stellen. Wie die aktuelle Situation zeigt, gibt es da insbesondere für die Parteien einiges zu tun.

Sind Sie der Meinung, dass ein Einwohnerrat die Ortsparteien wiederbeleben würde?

Ganz klar ja. Es würde die Ortspartei auf der anderen Seite jedoch auch fordern. Ohne aktive Anwerbung von Neumitgliedern und klaren Strukturen, wäre es wohl für keine Ortspartei möglich genügend Kandidaten für den Einwohnerrat hervorzubringen um angemessen vertreten zu sein.

Was wären aus Sicht der Partei die Vorteile eines Einwohnerrats?

Das Umfeld wird zunehmend komplexer, gesetzliche und regulatorische Vorgaben nehmen laufend zu. So werden auf den ersten Blick einfache Geschäfte immer komplexer und es bedarf u.a. der Klärung von Rahmenbedingungen resp. es müssen Kompromisse eingegangen werden. Das benötigt einen vermehrten Zeitaufwand und eine vertiefte Analyse um Geschäfte beurteilen zu können. Dies ist für Einzelpersonen bei Wahlen an der Gemeindeversammlung zunehmend schwieriger. Die Mitglieder des Einwohnerrates hätten diesbezüglich sicher mehr Möglichkeiten und mehr Zeit komplexe Geschäfte mit all ihren Vor- und Nachteilen im Gremium zu erläutern, abzuwägen und zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen.

Was wären aus Sicht der Partei die Nachteile eines Einwohnerrats?

Die direkte Demokratie würde sicher beschnitten, da nicht mehr jeder Stimmberechtigte seine Meinung direkt an der Gemeindeversammlung einbringen könnte. Aus heutiger Sicht ist allerdings zu bemerken, dass diese Chance nicht breit genutzt wird.